

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

121 (26.5.1919)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkasten monatlich 1,80 M., vierteljährlich 5,40 M., halbjährlich 10,20 M., jährlich 19,20 M. In den Abteilungen des Postverkehrs monatlich 2,00 M., vierteljährlich 6,00 M., halbjährlich 12,00 M., jährlich 24,00 M. durch die Post 1,44 M. bzw. 4,32 M. vorauszahlbar. Ausgabe: Freitag mittags; Samstag früh 7-8 Uhr abends. Fernsprechnr. 123, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelleile od. deren Raum 25 A., zuzügl. 30 % Zeitungsgebühr. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 10-12 Uhr vorm. für größt. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gsch & Cie., Karlsruhe.

Sein oder Nichtsein.

Karlsruhe, 26. Mai.

Die infamen Vertragsbedingungen der Entente hat in mancherlei Beziehungen etwas Gutes gehabt. Es ist damit der Beweis erbracht, daß es in den Grundfragen des politischen Lebens, im Willen zur Aufrechterhaltung unseres Volksbestandes doch noch eine Einigkeit gibt. Gar so verächtlich werden die Herren der westlichen Mächte über ein Deutschland, das mit gesammelter Autorität für sein primitivstes Lebensrecht eintritt, denn doch nicht denken. Diese Einigkeit in der empörenden Ablehnung ihres Ausplünderungsplanes wird ihnen zu erwägen geben, ob es geraten ist, die Zukunft Deutschlands mit einer Vergeltungswut zu erfüllen, die nur noch Eiree kennt und will: warten auf die erste Gelegenheit, welche einige Chancen für die Herrschaft der Hundefakten bietet. Eine Macht ohne Gleichen ist besiegt worden von ihrer Koalition ohne Gleichen. Es wird aber wohl nicht immer bei dieser Bilanz stehen. Es können ferner politische Fälle eintreten, die den Amerikanern und Engländern verbieten, ihrer Koalitionspflicht entsprechend die Macht am Rhein für Frankreich zu stehen. Dann könnten verschiedene Dinge, die in Paris für die heiligsten Güter gelten, in die Wägen gehen und das lächerliche Konstruktionsprodukt im Ozean genannt Großstaat Polen, könnte verbittert machen zuerst der Teufel holen. Daran dürften die Matadoren von Versailles denken, wenn sie über die Vorschläge unserer Friedensdelegationen zu Rate gehen werden.

Natürlich gab es bei der großartigen Protestbewegung auch Elemente, die wieder einmal im Krüben gefischt haben. Sie dachten, jetzt sei die Zeit gekommen, das alte militäristisch-moralische Deutschland aufzurufen und viele waren so unvorsichtig, es laut zu denken. Die Regierung ist diesen Bestrebungen und deren Trägern nicht energisch genug entgegengetreten. Sie sollte so klar und so nachdrücklich, daß den Stresemann und Hebenklow ein für allemal der Mut zu einem politischen Suizid ihres Kalibers vergeht, erklären: was auch kommen möge, es bleibt bei der Republik, und ferner, es ist ausgeschlossen, daß wir der Entente betrogenen Widerstand entgegenstellen. Diejenigen, welche darauf drängen, sollte sie fragen, mit welchen Soldaten, mit welcher Munition, mit welchem Waffenmaterial, mit welchen Lokomotiven und Eisenbahnwagen etc. der Krieg geführt und durchgeführt werden soll.

Weil die politische Weltkonjunktur den Gegenlob: Miesenmacht auf der einen und völlige Ohnmacht auf der anderen Seite geschaffen hat, und weil endlich, endlich Frieden auf der Welt werden soll, darum müssen die entscheidenden Instanzen die allergeheiligste Überlegung anstellen, wie sie die Zukunft verantworten können, die bei einer etwaigen Verzögerung der Unterdrückung eintreten werden. Man kann sich ja an zwei Sägern abwägen, was bei Wiederaufnahme der Kriegshandlungen folgen wird. Nach einem Jahr kein deutscher Soldat dem Gegner stellt, auch wenn die Verdrücktheit eines Guerillakampfes unterbleibt, wird die Insoziation der Ententetruppen den Charakter einer Strafexpedition haben. Unterwerfung dürfen Baden und mehrere Länder vielleicht anders ausfallen als jetzt.

Das heißt nicht, wir müssen den angebotenen Vertrag hinnehmen, das heißt, wir müssen auf eine Abänderung dieses untraglichen „Buches“ drängen, von der Abänderung so viel als möglich profitieren und dann — auch einen harten Vertrag unterzeichnen. Denn auf einen härteren Beschlag müssen wir uns endgültig gefasst machen.

Die Situation liegt vielleicht doch nicht ganz so verzwiefelt, wie wir in der Bestürzung der ersten Jahre des Schandvertrages von Versailles geglaubt haben. Was uns da alles zugemutet wird, ist freilich im tiefsten ethischen Sinne belastet mit allen Merkmalen elchastischer Gemeinheit und vor allen Dingen ist es unerträglich. Aber eine Modifikation kann an manchen Bestimmungen eine Korrektur vornehmen, die aus dem Untraglichen eine Erfüllung macht, ohne das Vertragsprinzip zu durchbrechen. Selamich von Gerlach weist auf eine Vertragsbedingung hin, die den tiefsten Abscheu und die gorndebendste Empörung bei uns hervorgerufen hat: Die Abgabe von 140 000 Milchkühen. Es ist leider wahr, die Entente kann unserem moralischen Protest mit dem moralischen Einwand begegnen: ihr habt sie ja von uns in Belgien, in Frankreich etc. gewaltsam genommen, und es werden eher mehr als weniger sein. Jedenfalls ist die Rückgabe dieses Viehbestandes augenblicklich für uns eine auf die Sterblichkeitsziffer sehr unheilvoll wirkende Zahl. Bei einer Korrektur oder vielmehr bei einer Ergänzung der Vertragsklausel ist sie es nicht mehr. Die Sache ist so: Wir haben vor dem Kriege 11 Millionen Milchkühe gehabt, jetzt haben wir ein bis anderthalb Millionen weniger. Das würde einermachen für uns ausreichen, wenn wir genügend Kraftfutter hätten. Weil uns das fehlt, nicht etwa, weil wir nicht genug Rasse haben, ist Vollmilch und Butter die seltenste Delikatesse auf unserem Speiseplan geworden. Wir müssen uns also vertragen: wir müssen die Rückgabe der 140 000 Kühe leisten, ohne daß die Sterblichkeitsziffer weiter eine aufsteigende Richtung nimmt.

Es wird wohl noch mit anderen Vertragsparagrafen ähnlich haben. Wir sollen auf mindestens 15 Jahre das Saar-

beden verlieren. Der dadurch entstehende Verlust an Kohlen-tonnage raubt uns zum großen Teil die Zahlungsmöglichkeit für Einfuhrwaren, hauptsächlich für Rohstoffe zur Produktion. Nun, falls es beim Verlust des Saarbeckens bleibt, lorge man für vertragsmäßige Zulage der Lieferung von Rohstoffen auf Kredit. Nach Feststellung des Fertigtariffes und Versand ins Ausland kann ja der Schuldbetrag mit fremden Devisen getilgt werden.

In Frankreich und England rechnet man allgemein auf die deutsche Unterdrückung. Ohne Wink von oben herab wird das nicht in den dortigen Zeitungen veröffentlicht. Die Kombination ist sicher diese: Die Entente mildert auf irgend eine Art die erste Fassung der Friedensbestimmungen und macht es der deutschen Delegation wie der Regierung möglich, mit einem Vertrag vor dem Volk zu erscheinen, dem gegenüber wenigstens nicht mehr das „Unerschütterliche“ gilt. Dann werden wir annehmen müssen. Da die Entente keinen Durchbruch ihrer prinzipiellen Forderungen duldet, so bleibt tatsächlich nur die hier vorgeschlagene Methode übrig, den vernichtendsten Bestimmungen durch Abänderungen und Zusatzformeln, welche den Zweck haben, der ursprünglichen Entente Klausel das Gift des Hungermordes und der wirtschaftlichen Vernichtung von Deutschland aufzuzureizen.

Die Verhandlungen in Spa.

23. B. Berlin, 24. Mai. Ueber den Verlauf der Verhandlungen in Spa erfahren wir: Bis heute Abend werden die Gegenentwürfe vollkommen fertig sein. In den ersten Tagen der nächsten Woche werden die Gegenentwürfe in einer Denkschrift überreicht werden. Zugrunde gelegt ist der Rechtsboden, der sich aus der Lansing'schen Note ergibt. Es wurde berichtet, unter Anerkennung der beiderseitigen Bedürfnisse, den sicherlich vorhandenen Zwiespalt in den gegnerischen Vorstellungen zu beseitigen, der darin besteht, daß einerseits es Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiet unmöglich gemacht werden sollte, hoch zu kommen und daß andererseits Deutschland die härtesten wirtschaftlichen Auflagen zugemutet werden. Es wurde berichtet, in politischen Vorwürfen darzulegen, was Deutschland unter den gegebenen Bedingungen leisten kann und was nicht, und ferner, daß gewisse Leistungen überhaupt nur möglich sind bei einer gewissen Gemeinsamkeit der Arbeit zwischen den Gegnern und uns. Kabinett und Delegation sind der Ansicht, daß unsere Gegenentwürfe ein brauchbares Instrument zu Verhandlungen, auch zu mündlichen, sind.

Die Einwände Clemenceaus zur deutschen Note.

23. B. Paris, 24. Mai. Agence Havas. Clemenceau sagt in seiner Antwortnote auf die Note des Grafen Brockdorff-Rantzau vom 14. Mai über wirtschaftliche Bedingungen des Friedensvertrages, daß die Darlegungen der deutschen Delegation ganz ungenügend und stark übertrieben sind. Die Antwort bemerkt, daß die deutsche Bevölkerung um 6 Millionen Einwohner vermindert wird, andererseits bildet die Wegnahme der deutschen Löhne eine unabänderliche und notwendige Zuhilfenahme wegen der unerbittlichen Kämpfe gegen die Handelsflotte der Welt. Die Schiffe, die man Deutschland wegnehmen will, stellen nicht einmal den dritten Teil der auf unverantwortliche Weise zerstörten Tonnage dar. Vollstetige Einfuhr von Kartoffeln ist für drei Jahre vorgesehen. Die Lage ist die gleiche für Hopfen, Getreide, Holz etc. Die Frage einfließen und die es auch nachher wieder einfließen kann. Deutschland wird ein Viertel seiner Kohlenproduktion verlieren, aber diese Kohlen kommen aus übertragene Gebieten und es bleiben Deutschland 80 Millionen Tonnen Braunkohlen. Außerdem wird die Kohlenproduktion in den übertragene Gebieten, die vor dem Kriege gewachsen ist, noch weiter wachsen. Ferner muß man in Betracht ziehen, daß Deutschland durch die systematische Zerstörung in den Kohlenbergwerken Nordfrankreichs hervorgerufenen Ausfälle bedenken muß. Wenn Deutschland gezwungen ist, Eisen und Zinn einzuführen, so befindet es sich in derselben Lage wie viele andere Länder. Die Darlegungen der deutschen Note über die Zukunft der deutschen Industrie sind sehr übertrieben und rechnen nicht damit, daß das durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche Unglück allgemein ist. Die deutschen Voraussetzungen über die zukünftige Bevölkerung sind zweifelhaft und wenn Deutschland von den Verlusten spricht, die es nach dem Krieg an der Bevölkerung erleiden wird, so vergißt es die viel beträchtlicheren Verluste, die die Alliierten infolge seiner Angriffe erlitten haben. Kriegsgewinn beruht die Zahl der Verluste, die durch die Plünderung verursacht sein sollen, auf einfache Hypothesen. Ein Land kann auch ein großes Industriegebiet sein, wenn es nicht selbst seine Rohprodukte produziert. Dasselbe ist der Fall bei England. Außerdem erlitt das deutsche Gebiet keine Veränderungen und Verwüstungen. Die inaktiven Quellen, die ihm bleiben, vereint mit seiner Einfuhr, müssen für seine Wiederaufrichtung und Sicherung genügen. Die Reduzierung der militärischen Rüstungen wird diese Wiederaufrichtung erleichtern. Die Note schließt: In dem ungeheuren Weltungslid ist der Anteil, den Deutschland auf sich nehmen muß, an seiner Schuld und nicht an seinen Kräften zu messen. Die Nationen Europas werden lange an einer schweren Last zu tragen haben, die ihnen durch den deutschen Angriff auferlegt worden ist. Es ist gerecht, daß Deutschland, das dieses Elend verursacht hat, es in vollem Umfang wieder gut macht. Seine Verluste haben nicht ihre Ursachen in den Friedensbedingungen, sondern in den Taten derjenigen, die diesen Krieg hervorgerufen und verlängert haben.

Die Urheber des Krieges dürfen den gerechten Folgen nicht entgehen.

Die Replik.

Berlin, 25. Mai. Gestern hat die deutsche Delegation in Versailles der Entente eine Replik über die Note Clemenceaus über die Schuld, und Entschädigungsfrage zugehen lassen. Die neue deutsche Note widerlegt laut „Post. Zn.“ die falsch gegangenen Entschlüsse aus der Note Lansing vom 5. Nov. 1918 und die Sinnverbrechung des dort verwendeten Wortes „Aggression“ in der Antwort Clemenceaus. Die deutsche Note gibt Deutschlands Erschuldigung in Belgien und Nordfrankreich an, stellt aber gleichzeitig die Erschuldigung Deutschlands für den Schaden der Hungersnot fest und bekräftigt noch einmal die alleinige Kriegsschuld Deutschlands energisch, indem sie abermals die Untersuchung durch ein internationales Schiedsgericht fordert.

Die neun amerikanischen Friedensdelegierten.

Berlin, 25. Mai. (Brisattelegramm.) Dem „L.A.“ wird aus Lyon gemeldet: Die Mitglieder der amerikanischen Friedensdelegation, welche die Absicht haben, als Votum gegen den Charakter des Friedensentwurfes ihre Stimme niederzulegen, fragten gestern bei der Konferenz an, ob sie zu weiteren Konzessionen bereit wäre. Bis zu dem Zeitpunkt, wo die Antwort erfolgt, würden sie noch auf ihrem Posten verbleiben und sich nach der Antwort ihre Entscheidung vorbehalten. Die Lage bleibt aber, da der amtliche Bericht anderer Mitglieder ausgesprochen worden ist, ungeklärt.

Proteststreik.

Berlin, 25. Mai. In einer großen sozialistischen Kundgebung in Mailand verurteilte Ferrati, wie dem „Vorwärts“ berichtet wird, einen vollständigen Generalstreik aller Länder als Protest gegen den von der Entente Deutschland angedrohten Gewaltfrieden.

Unterzeichnen oder nicht.

Berlin, 25. Mai. In einer Unterredung des Reichsministers Grafen Brockdorff-Rantzau mit einem Berichterstatter des „Vorwärts“ antwortete der Minister auf die Frage, wie er die letzten Kundgebungen der Unabhängigen Sozialdemokraten zugunsten der Unterzeichnung um jeden Preis beurteile, daß er keine tiefe Sehnsucht der arbeitenden Massen nach der endlichen Wiederkehr des Friedens nur zu gut begriffe und er werde auch nichts unterlassen, um das Ziel dieser Sehnsucht zu erreichen. Auch sei er nach Versailles mit der festen Absicht gekommen, das, was von dem früheren Wohlstand und Glück des deutschen Volkes noch übrig bleibe, zu verteidigen und zu retten. Aber auch dieser letzte Rest werde durch die uns überreichten Friedensbedingungen vernichtet. Da frage es sich, ob nicht durch eine Verweigerung der Unterzeichnung dieser Rest eher zu erreichen sei, als durch eine Unterzeichnung, wie sie die Unabhängigen verlangen. Die deutschen Delegierten würden sich an den Interessen gerade der deutschen Arbeiterklasse sehr beteiligen, wenn sie Bedingungen unterzeichneten, die nichts anderes, als bereinigte Hungersnot und Arbeitslosigkeit bedeuteten. Auf die Frage des Berichterstatters, ob er nicht fürchte, daß diese Kundgebung doch Erfolge hätte, antwortete Graf Brockdorff-Rantzau, jedenfalls nicht den Erfolg, der mich veranlassen könnte, meinen festen Entschluß aufzugeben, nicht zu unterschreiben, was nach meiner und aller Sachverständigen Überzeugung einer Vernichtung des Volkes gleichkomme. Gefragt, was er von den Versicherungen des Abg. Haase halte, der Friede müsse unterschrieben werden, die kommende Weltrevolution werde ihr zu einem festen Papier machen, antwortete der Minister: Als ich nach Versailles kam, hatte ich die feste Hoffnung, daß die Zeit der Papierfetzen abgeschlossen sei und daß eine neue Zeit beginnen würde, in der man nur Unterdrückung vollzieht, die von beiden Seiten geachtet werden. Diese Hoffnung auf eine Gesundung zur internationalen Moral habe ich nicht aufgegeben und ich werde auch danach handeln. Ein bloßer Festen Papier wird meine Unterdrückung niemals erhalten.

Deutscher Protest wegen der Platz.

Berlin, 24. Mai. Gegen die politischen Umtriebe und Gewaltakte der feindlichen Militärbehörden in Landau i. Pf. hat Reichsminister Erzberger am 23. Mai angeordnet, in Spa Protest einzulegen und Aufklärung zu verlangen. Auch die inzwischen gemeldete Ablehnung des pfälzischen Regierungspräsidenten v. Winterheim, falls sie sich bestätigen sollte, und das Vorgehen des Generals Gerard gegen die Deutschland treuen Beamten in der Pfalz werden den Gegenstand energischer deutscher Schritte bilden.

Streikbewegung.

Abinsberg i. Pr., 24. Mai. Der Ausstand der Eisenbahnarbeiter hat sich nunmehr fast über den ganzen Dietschbezirk Königsberg ausgebreitet und ruft schwere Hemmnungen im Verkehrs- und Wirtschaftsleben hervor. Die Arbeiter versuchen, vielfach unter Drohungen, die dienstfertigen Beamten von der Arbeit abzuhalten. Wie noch berichtet wird, verweigern die Ausständischen auch die Beförderung und Bedienung der Militär-Lazarettzüge. Abordnungen der ausständigen Arbeiter haben sich nach Berlin begeben, um dort beim Minister ihre Forderungen zu vertreten.

23. B. Köln, 24. Mai. Wegen Verweigerung der Feuerzuzulagen haben die Pfälzischen Straßenbahnen beschlossen, am 24. Mai keine Fahrpläne mehr zu verkaufen, bis ihre Forderungen bewilligt sind. Infolgedessen wurde der Strom abgestellt, so daß die Bahnen überhaupt nicht fahren können.

Mährisch-Odrau, 24. Mai. (Zsch. Elst. Br. Wt.) In Melk-Biala stellten am Mittwoch 6000 Arbeiter in verschiedenen Fabriken die Arbeit ein, weil infolge ungenügender Neigungsuhr in dieser Woche kein Brot verteilt wurde. Die Demonstranten plündereten in Biala ein Lebensmittelmagazin. Truppen und Gendarmen gaben eine Salve ab, wobei eine Frau und zwei Männer getötet und 16 Personen verwundet wurden.

Kriegsbeschädigte heraus!

Ein unbekanntes Attentat auf die Kriegsbeschädigten.
Karlsruhe, 26. Mai.

Von wem mag das wohl ausgehen? Von der Entente? Nein, diesmal handelt es sich um ein deutsches Geldverbrechen. Im Laufe des vorigen Jahres ist zugunsten der Kriegsbeschädigten unter dem Namen „Ludendorffspende“ eine große Sammlung in ganz Deutschland veranstaltet worden, die ein Gesamtergebnis von 150—160 Millionen Mark gezeitigt hat. Der Name der Sammlung ist nie populär gewesen, weil sich um die Person Ludendorff schon damals die parteipolitischen Kämpfe gruppierten. Tausende von Spendern, zu denen insbesondere auch viele Arbeiter und Angestellte gehörten, haben trotz ihrer stärksten politischen Gesinnung zu Ludendorff dennoch ihre Gabe beigeleert, weil es ihnen nicht auf Namen, sondern auf die Hauptkasse, auf die Hilfe für die Kriegsbeschädigten, ankam. Diese Spenderfreude haben es selbstverständlich mit Freude begrüßt, als die Regierung nach dem 9. November 1918 die Fortsetzung der Sammlung unter dem völlig neutralen Namen „Volks- spende für Kriegsbeschädigte“ ermöglichte. Sieben Monate lang hat kein Mensch in Deutschland an dieser Karikatur Anstoß genommen. Aufstößig wurde erst jetzt, kurze Zeit nach der Heimkehr des ehemaligen allmächtigen Ludendorff hat man plötzlich entdeckt, daß die Umbenennung in den Kreisen der Spender „lebhafteste Mißstimmung“ erregt haben soll. Da liegt doch der Verdacht nahe, daß diese Mißstimmung von gewisser Seite erst künstlich hervorgerufen werden soll. In Wahrheit handelt es sich um einen raffiniert ausgearbeiteten, unversöhnlichen Raubzug auf die Mittel der Kriegsbeschädigten-Hilfe, wie folgende von der reaktionären Presse mit schamlosem Behagen weiter verbreitete Notiz in Nr. 33 der Mitteilungen des Deutschen Kriegerbundes vom 18. Mai beweist:

„Aufhebung der Volksspende (Ludendorffspende)? Wie aus Nachrichten in den Tageszeitungen hervorgeht, hat die Mahnahme der Regierung, die Ludendorffspende in „Volksspende“ umzunennen, in den Kreisen der Spender lebhafteste Mißstimmung erregt. So sollen 3 B. Stifter, die der Ludendorffspende bedeutendes Kapital zur Verfügung stellten, wie der „Hannoversche Kurier“ meldet, die Absicht geäußert haben, ihre namhaften Beiträge zurückzuziehen, da sie diese lediglich für die Ludendorffspende bestimmt haben. Wir hoffen im Interesse unserer Kriegsbeschädigten nicht, daß dieses schwerwiegende Vorhaben zur Ausführung gelangt. Sollte dies aber dennoch der Fall sein, so glauben wir, den Stiftern der Ludendorffspende für ihre Wohltätigkeitsbetätigung den Weg weisen zu können, ihre Gaben dem amtlich genehmigten „Reichs-Kriegerbund“ (Berlin W. 50) zuzuführen zu lassen. Der „Reichs-Kriegerbund“ bewirkt die Unterbringung solcher Kriegsteilnehmer, die zwar nicht kriegsbeschädigt sind, bei denen sich ein Unterstützungsbedürfnis aber späterhin herausstellt.“

Der ist dieser „Reichs-Kriegerbund“? Eine Schöpfung des Reichskriegerbundes der deutschen Kriegervereine! Unter dieser Firma sollte den Kriegervereinen, die sich bei den Kriegsteilnehmern über wachsenden Unbeliebtheit erheben, ein Millionenfonds in die Hände gespielt werden, mit dessen Gaben man die deutschen Kriegsteilnehmer politisch forumpieden und demnach an die Kriegervereine zu fesseln suchte. Das äußere Wändchen fand namentlich einflussreiche Gönner im Reichsamt des Innern, wo sie zum Teil jetzt noch sitzen und gegen sozialpolitische Fortschritte intrigieren. Bekanntlich, wie der „Vorwärts“ in seiner Nummer 170 vom 23. 6. 1918 zutreffend feststellte, die Absicht, den Kriegervereinen dreihundert Millionen Mark zur Gründung des Reichskriegerbund aus Reichsmitteln unter Ausschluß aller anderen Kriegsteilnehmerorganisationen zur Verfügung zu stellen. Noch 2 Wochen vor Ausbruch der Revolution hat sich das Reichsamt des Innern nicht erkümmert, in einem Rundschreiben den bundesstaatlichen Regierungen die nachdrücklichste Förderung dieses Korruptionsfonds zu empfehlen!

Wie durch so manchen reaktionären Plan hat die Revolution auch durch dieses Projekt zum größten Schermerge der Kriegervereinepatrioten einen Strich gemacht. Jetzt verneinen die Kriegervereine plötzlich eine Selbsteigenschaft zu sein, ihre tote Idee auf Kosten der Kriegsbeschädigten wieder zu

galbanisieren, indem sie unter der heuchlerischen Maske des Bedauerns für die Kriegsbeschädigten Geldmittel, die für die letzteren geendet wurden, durch raffinierte Zeitungsnutzen ihrem Korruptionsfonds zuführen veruchen, zu einer Zeit, in welcher der Göttergott der Entente Staatsmänner jede staatliche Fürsorge für die Kriegsofer zu vernichten droht. Und diese Organisationen geben neuerdings vor, auch die Interessen der Kriegsbeschädigten zu vertreten. Was über die Gewässer!

Wenn es tatsächlich Spender geben sollte, die nach dem Kriegereinkommen handeln, so müßte von der amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge rücksichtslos deren Namensnennung in der Öffentlichkeit gefordert werden. Diese Herrschaften würden beweisen, daß sie ihre Spenden nicht aus Liebe zu den Kriegsbeschädigten geleistet haben, sondern in der Hoffnung, die Kriegsteilnehmer mit diesen Spenden politisch beeinflussen zu können. Da dies unter Ludendorffs Flagge zurzeit nicht möglich ist, verüben sie es mit Hilfe der Kriegervereine, dieser fasslichen Stütze des alten Regimes. Die Kriegsbeschädigten werden es sich nicht nehmen lassen, sowohl mit diesen edlen Menschenfreunden als auch mit der landläufigen Schädigung der Kriegsbeschädigtenfürsorge durch die Kriegervereine gründlich abzurechnen.

Der Reichsbund der Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen hat gegen diese laubenen Pläne bereits bei der amtlichen Fürsorge ernsthafte Schritte unternommen. Wir hoffen es für ausgeschlossen, daß die Reaktionen ihre Ziele erreichen werden.

Baden.

Nichtlinien für die Beamtenkammer.

Am 17. Mai tagte in Karlsruhe eine Versammlung der sozialistischen Beamten und Lehrer Badens zur Besprechung der Richtlinien für die in Wäde ins Leben zu rufende Beamtenkammer. Die Versammlung hat sich auf die nachstehenden Richtlinien geeinigt:

1. Als vorläufige Beamtenkammer wird der Gesamtkorps des Verbandes der Beamten- und Lehrerverein nicht anerkannt.
2. Es erfolgt zunächst die Wahl von Hauptauschüssen, also des Hauptauschusses beim Unterrichtsministerium, des Beamten- und Lehrerverein, des Finanzministeriums usw. Auf je 300 Beamten und Lehrer entfällt je ein Vertreter, jedoch bei 35 000 Beamten und Lehrern die Anzahl der Mitglieder der gesamten Hauptauschüsse etwa 120 Köpfe beträgt.
3. Diese Wahlen zur Bildung der vorläufigen Hauptauschüsse sind sofort auszuführen; sie haben nach den Grundlinien der Verfassung mit geheimer und direkter Abstimmung stattzufinden. (Geheimen Listen.)
4. Sämtliche Hauptauschüsse zusammen sind die Beamtenkammer.
5. Die Hauptauschüsse haben die Aufgabe, alle die Gesamtbeamten- und Lehrerschaft betreffenden allgemeinen Fragen vor der Vorlage an die Beamtenkammer auszuwerten. In Fragen, die nur die betreffende Berufsgruppe, aus der der Hauptauschuss hervorgeht, betreffen, und die eine Vorlage an die Beamtenkammer nicht notwendig machen (Verordnungen), hat der Hauptauschuss direkt mit dem betreffenden Ministerium auf der Grundlage von gleich zu verhandelnden und die Erledigung ohne Vorlage an die Beamtenkammer herbeizuführen. Das Minderheitsverbot ist unbedingte Voraussetzung.
6. Die Beamtenkammer hat mitzuentwerfen:
 - a) in Fragen, die die gesamte Beamten- und Lehrerschaft betreffen,
 - b) in anderen Beamtenfragen, die zwar nicht die gesamte Beamten- und Lehrerschaft betreffen, sondern nur ein Teil betreffen, für deren Erledigung aber die Regierung nicht allein zuständig ist, sondern der Mitwirkung der Beamtenkammer bedarf. Die Verhandlungen haben auf der Grundlage von gleich zu gleich zu erfolgen. Das Minderheitsverbot ist unbedingte Voraussetzung.

Landwirtschaftliche Genossenschaftstagungen.

Durch den 85. Verbandstag des Verbandes der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften in Baden, der Donnerstag vormittag unter dem Vorsitz des Oekonomierats Häder in Freiburg stattfand, erhielten die Tagungen der badischen landwirtschaftlichen Genossenschaften ihren Abschluß. Dazu waren 638 Teilnehmer erschienen, die 209 Vereine vertraten. Für den Minister des Innern wurde die Versammlung von Geh. Oberregierungsrat Arnold begrüßt, für den Finanzminister von Geh. Oberfinanzrat Zimmermann. Den Jahresbericht für 1918 erstattete Verbandsdirektor Häder. Danach umfaßt der Verband 466 Vereine mit 66 718 Mitgliedern. Begründet wurden in der letzten Zeit vier Vereine, die Begründung weiterer Vereine steht bevor. Der Gesamtumsatz der Vereine belief sich auf 240,8 Millionen Mark gegenüber 178,3 Millionen im Jahre 1917. Der Gesamtgewinn der Vereine betrug 740 000 M., der Reservefond 4 928 000 M. Der durchschnittliche Umsatz der Vereine beträgt 518 970 M. Der Umfang bei der Ausgleichsstelle hat sich um 24 Millionen Mark erhöht. Die Ausgleichskasse hat die Gelder mit 4% verzinst. Die Landwirtschaftliche Kreditgenossenschaftsverbandskasse hatte einen Umsatz von 86,5 Millionen Mark mehr als das Doppelte im Vorjahre. Der Reingewinn betrug 38 786 M. Die Mitgliederzahl ist auf 420 Vereine angewachsen, das Geschäftsguthaben auf 236 650 M., das eigene Vermögen ist um 455 000 M. gestiegen. An der 9. Kriegsanleihe ist der Verband mit 17,3 Millionen Mark beteiligt, an sämtlichen Kriegsanleihen mit 110 Millionen Mark. Revisionen fanden in 838 Vereinen statt, in zwei Jahren wurden 774 Revisionen durchgeführt. In zahlreichen Fällen wurden Beschlüssen zur Rechnungsstellung genehmigt. Außerdem wurden an verschiedenen Stellen außerordentliche Revisionen vorgenommen. Nach dem Berichte des Oberrechnungsrats Schleicher über die Prüfung der Rechnung für 1918 wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. In den Vorstand wurde Stodert-Oberzollweil neu gewählt.

Neue Wege zur Befämpfung des Schleißhandels.

Von amtlicher Stelle wird mitgeteilt: Die lange Dauer und die weitere Verschärfung unserer schlechtesten Ernährungsfrage hat in Verbindung mit den Schwierigkeiten und Schürungen in der Erfassung der Erzeugnisse und mancherlei anderen Umständen zu einer Entwidlung des Schleißhandels geführt, die zu einer ersten Gefahr für die Volksernährung geworden ist. Eine in ihren Wirkungen für die gesamte Volkswirtschaft katastrophale Begleiterscheinung des zunehmenden Schleißhandels waren die sich fortgesetzt steigenden Schleißhandelspreise; sie haben die Konfiskationen weit mehr veranlaßt als die behördlich festgelegten Höchstpreise und sind letzten Endes eine der Hauptursachen vieler Streits. Begünstigt wurde die Entwidlung dadurch, daß auch bei den Behörden und ihren Organen in der Beurteilung und Verfolgung von Verfehlungen auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung vielfach eine lauzere Auffassung Platz gegriffen hat.

Das Reichsernährungsministerium hat in letzter Zeit zahlreiche Besprechungen mit Vertretern der notwendigen Verbraucherabgeordneten und Mittel- und Wege gesucht, dem Uebelstand zu steuern. Dabei hat sich immer wieder gezeigt, daß an sich die bestehenden Vorschriften ausreichen, um die Erfassung der ablieferungspflichtigen Erzeugnisse zu sichern und den Schleißhandel wirksam zu bekämpfen. Ein Mangel des Schleißhandels wurde einmal von einer Verringerung der allgemeinen Verhältnisse, besonders durch die aus dem Ausland kommenden Lebensmittel, erwartet. Allgemein aber wurde als notwendig erklärt, daß die gegebenen Vorschriften von den Behörden scharfer durchgeführt und bei der Durchführung dieser Aufgaben, namentlich bei der Kontrolle der ablieferungspflichtigen geeignete Vertreter aus den Kreisen der Verbraucher, besonders der werktätigen Bevölkerung zugezogen werden. Das Reichsernährungsministerium hat daher die Regierungen der deutschen Freistaaten ersucht, raschstens Maßnahmen in diesem Sinne zu treffen.

Sofort man seitens der Städte und Industriebezirke Verbraucher, die die ganze Not der schlechten Ernährung in den großen Verbraucherbezirken kennen gelernt haben, mit polizeilichen Rechten betraut und sie den bisherigen Polizeiorganen in den Erzeugerbezirken beizugeben, dürfte es möglich sein, dem Uebelstand zwar nicht zu beseitigen, aber doch seinen Auswüchsen zu steuern. Von den Städten und Industriebezirken sollen Kommissionen in die ablieferungspflichtigen Kreise und Gemeinden entsandt werden, welche die vorhandenen Vorräte und die Erfüllung der Lieferungsverpflichtung durch Stichproben festzustellen haben. In den Beratungen war man sich darüber einig, daß Vertreter aus den Gewerkschaften, Konsumtenuauschüssen, Arbeiter- und Bauernräten zu dieser Tätigkeit zuzuziehen seien. Die Prüfungen auf dem Lande sollen gemeinschaftlich durch wenigstens zwei Mitglieder der Kommission ausgeführt werden; zugleich sollen neben den ortszuständigen Kommissionen die für den Kontrollort zuständigen Kontrollorgane mitwirken und die Kom-

Aquis submersus.

Novelle von Theodor Storm.

(Schluß.)

Als ich drinnen eingetreten und mich an die Arbeit setzen wollte, zeigte es sich, daß in dem kleinen Angesicht die Augenlider um ein wenig sich gehoben hatten. Da blickte ich mich hinab, im Wolkens, ich möchte noch einmal meines Kindes Blick gewinnen; als aber die kalten Augensperren vor mir lagen, überließ mich Gramen; mir war, als läge ich die Augen jener Wonne des Geschicktes, als wollten sie noch hier aus mir: „Kindes Leidensantlitz finden: „Mein Kind hat doch auch beide eingeholt!“ — Aber zugleich — ich hätte es um alle Welt nicht lassen können — umging ich mit beiden Armen den kleinen blassen Leichnam und hob ihn auf an meine Brust und berzte unter bitteren Thränen zum ersten Male mein geliebtes Kind. „Mein, mein, mein armer Knabe, deine Seele, die gar den finstern Mann zur Liebe zwang, die blickte nicht aus solchen Augen; was hier herauskaut, ist alleine noch der Tod. Nicht aus der Liebe lächerlicher Vergangenheit ist es heraufgekommen; nichts anderes ist da als deines Vaters Schuld; sie hat uns alle in die schwarze Nacht hinabgeworfen.“

Sorgsam legte ich dann wieder mein Kind in seine Kissen und drückte ihm sanft die beiden Augen zu. Dann tauchte ich meinen Fingel in ein unklares Roth und schrieb unten in den Schalten des Buches die Buchstaben: C. P. A. S. Das sollte heißen: Culpa Patris Aquis Submersus. „Durch Vaters Schuld in der Nacht versunken.“ — Und mit dem Schalle dieser Worte in meinem Ohre, die wie ein schneidendes Schwert durch meine Seele fuhren, machte ich das Bild zu Erde.

Während meiner Arbeit hatte wiederum die Stille im Hause die Thür, hinter welcher ich eine Schlafkammer vermutet hergedauert, nur in der letzten Stunde war abermals durch hatte, ein leises Geräusch herübergekommen. — War Katharina dort, um umgehen bei meinem schweren Werk mit nach zu sein? — Ich konnte es nicht entziffern.

Es war schon spät. Mein Bild war fertig, und ich wollte mich zum Gehen wenden; aber mir war, als müßte ich noch einen Abschied nehmen, ohne den ich nicht von himen Wonne.

So stand ich zögernd und schaute durch das Fenster auf die öden Felder draußen, wo schon die Dämmerung begunnte sich zu breiten; da öffnete sich vom Flure her die Thür, und der Prehiger trat zu mir herein.

Er grüßte kühl; dann mit gestarrten Händen über er stehen und betradete weidmüd das Antlitz auf dem Bilde und das des kleinen Leichnams vor ihm, als ob er langweilige Vergleiche machte. Als aber seine Augen auf die Waise in der gemalten Hand des Kindes fielen, hob er wie im Scherz seine beiden Hände auf, und ich sah, wie seinen Augen jählings ein reicher Thränenquell entströmte.

Da streckte auch ich meine Arme nach dem Todten und tief überlaut: „Ach wohl, mein Kind! O mein Johannes, lebe wohl!“

Doch in demselben Augenblicke vernahm ich leise Schritte in der Nebenstube; es tastete wie mit kleinen Händen an der Thür; ich hörte deutlich meinen Namen rufen — oder war es der des toten Kindes? — Dann räumte es wie von Frauenhänden hinter der Thür nieder, und das Geräusch vom Falle eines Körpers wurde hörbar.

„Katharina!“ rief ich. Und schon war ich aufgesprungen und rühtelte an der Klinke der fest verschlossenen Thür; da legte die Hand des Pastors sich auf meinen Arm: „Das ist meines Amtes!“ sagte er. „Gehet ihr! Wer gehet in Frieden; und möge Gott uns allen gnädig sein!“

Ich bin dann wirklich fortgegangen; aber ich es selbst begriff, wanderte ich schon draußen auf der Heide auf dem Wege zur Stadt.

Noch einmal wandte ich mich um und blickte nach dem Dorf zurück, das nur noch wie Schatten aus dem Abenddunkel ragte. Dort lag mein totes Kind — Katharina — alles, alles! — Meine alte Wunde brannte mir in meiner Brust; und selbst, was ich niemals hier vernommen, ich wurde plötzlich mit dem Geruch des ferneren Strands die Brandung hören. Kein Mensch begegnete mir, keines Vogels Ruf vernahm ich; aber aus dem dumpfen Brausen des Meeres lönete es mir immerfort, gleich einem finstern Wiegengesang: Aquis submersus — aquis submersus!

Sie erndete dessen Landbesitz.

Dessen Herr Johannes sich einst im Bockstalle seiner

Kraft vorzesseln, doch erst wohl auch einmal in seiner Kunst den Größeren gleichgültig verhoße, das sollten Worte bleiben, in die leere Luft gesprochen.

Sein Name gehört nicht zu denen, die genannt werden; kaum dürfte er in einem Kürzeren zu finden sein; ja selbst in seiner engeren Heimat weiß niemand von einem Maler seines Namens. Das große Logarithmische hat zwar noch die Chronik unserer Stadt Erwähnung, das Bild selbst aber ist zu Anfang dieses Jahrhunderts nach dem Abruch unserer alten Kirche gleich den anderen Kunstschätzen derselben verstreut und veräußert.

Aquis submersus.

Literatur.

Georg Köhler. Die badische Nationalversammlung 1919. Verlag der A.-G. Badenia-Karlsruhe. — Das handliche Büchlein ist ein willkommenes und auch unentbehrliches Handbuch für Jeden, der sich mit der Politik des engeren Heimatlandes näher befaßt. Die Schrift soll den Zweck verfolgen, den Reuling über das politische Baden zu informieren; der biographische und bildliche Teil, — das Buch bringt die Bilder sämtlicher Abgeordneter des Landtags, — soll dazu beitragen, uns die Führer und Führerinnen sowie selbst untereinander persönlich näher zu bringen. Der Inhalt gliedert sich in drei Teile: das alte Baden; geschichtliche Entwidlung, der letzte Landtag. Das neue Baden; die Umwälzung, die neue Regierung. Die Nationalversammlung 1919; Zwecke und Aufgaben; die Wahlen; die Nationalversammlung selbst; die Mitglieder. Der oberste Grundgedanke des Werkes strengste Unparteilichkeit ist, kann die Anschaffung den Anhängern aller Parteirichtungen nur empfohlen werden.

Die Friedensforderungen der Entente in einer vollständigen deutschen Volksausgabe sind jetzt als Veröffentlichung der Deutschen Liga für Völkerverbund im Verlage von Hans Robert Engelmann (Berlin) für 1,80 M. erschienen. Die Uebersetzung ist auf Grund der vorläufigen amtlichen, in Versailles und Berlin hergestellten Uebersetzung nach sorgfältiger Vergleichung mit dem Original gemacht worden. Eine angelegte Karte mit den geforderten Gebietveränderungen ver mehrt noch den Wert dieses Buches, das jeder Deutsche lesen sollte, um zu erkennen, um was es geht in Versailles geht. — Gleichzeitig veröffentlicht die Deutsche Liga für Völkerverbund auch den amtlichen englischen und französischen Wortlaut zum Preise von je 2,50 M.

mission unterstützen. Die Kontrollpersonen werden selbstverständlich mit Ausweihen versehen und über ihre Befugnisse und Pflichten eingehend informiert. Die Besichtigung der Heilstellen und die Entschärfung über die Beschlagnahme ist die bei den bisher zuständigen Stellen überlassen. Bei täglich geleisteten Erzeugnissen (Milch, Butter, Fleisch) soll die Nachprüfung sich hauptsächlich darauf erstrecken, ob die Tätigkeit der zuständigen Kontrollorgane die vorgeschriebene Ablieferung gewährleistet. Sollen sich hierin Mängel zeigen, so wird ein längerer Verbleiben einzelner Kommissionenmitglieder an Ort und Stelle nötig werden.

In Fällen, bei denen die Ablieferungspflicht nicht erfüllt und die Notlage des Viehs ausgenutzt wird, um durch den Verkauf der Erzeugnisse im Schleichhandel höhere Gewinne zu erzielen, wird auf das schärfste vorgegangen werden, wobei unnötige Belastigungen und Kleinliche Maßnahmen vermieden werden sollen. Die Bekämpfung des gewerbsmäßigen Schleichhandels muß ohne Einschränkung mit allen Mitteln durchgeföhrt werden. Um dies zu erreichen, wird es notwendig sein, das Personal der Polizeibehörden durch Anstellung besonderer Hilfsorgane zu verstärken, die dann an allen geeigneten Plätzen, namentlich auf Bahnhöfen, Märkten, in Schlachthäusern, bei Händler, in Gastwirtschaften und die Spuren von Schleichhandelsgeheimnissen ermitteln und verfolgen sollen. Hierbei ist die wichtigste Frage die richtige Wahl geeigneter Personen, zu deren Gewinnung auch die Verbraucherschutzvereinigungen und aus ihrer Mitte geeignete Personen als Hilfsorgane bestellt werden.

Auch die nicht gewerbsmäßige Schleichversorgung hat einen Umfang angenommen, daß sie der Allgemeinerziehung äußerst gefährlich wird. Es muß deshalb wenigstens den größten Ausmaß der Schleichversorgung zu beseitigen in einzelnen Gegenden sich fast täglich wiederholenden Handverkehren von Tausenden von Menschen stärker begeben werden. Die Bekämpfung dieses Unwesens wird sich nach den örtlichen Verhältnissen richten, doch haben sich als geeignetes Mittel zur Einschränkung dieses Schleichverkehrs die für den Viehverkehr schon vielfach eingeföhrt worden polizeilichen Reise- und Viehpaßbescheinigungen erwiesen.

Die vom Reichsvereinsministerium aufgestellten Maßnahmen bedeuten eine grundsätzliche Änderung der bisherigen, unzureichenden Wege damit, daß sie den Wünschen der Verbraucher weitgehend gerecht werden und deren Vertrauen unmittelbar polizeiliche Kontrollmaßnahmen überlassen. Falls diese Maßnahmen durch geeignete Vertreter richtig ausgeführt werden, wird der Schleichhandel erheblich unterbunden werden können.

Hoffen wir, daß dieser beschränkte Optimismus sich verwirklicht.

Die alte und die neue Schule. Eine Genossin schreibt uns: Im Anschluß an die trefflichen Ausführungen über „alte und neue Schule“ möchte ich als Frau zur Neupflichtung unserer Schulen zwei Punkte zur Beachtung anführen. Vor allem muß ich die höchste Achtung und Anerkennung dem Manne ausdrücken, der die Wahrheit sagt: — daß die Frau infolge der laienrechtlichen Anerkennung durch den Mann zur künftigen Minderwertigkeit geistig wurde; — und anschließend daran komme ich zum ersten Punkte: Zur Beurteilung dieser verhängnisvollen Verhältnisse kann nur die Schule den Grund legen, indem sie möglichst gleichen Unterricht und durchaus gleiche Erziehung beider Geschlechter anstrebt und auch in die Tat umsetzt. Der jetzigen noch in der Zwangsjacke jedernden Frau ist es nicht allein möglich, hier tatkräftig umzugreifen. Nur wenige Frauen haben bis jetzt diese Fesseln zu sprengen vermocht; es ist auch sehr selten, daß dieser hineingeborenen laienrechtlichen Minderwertigkeit herauszukommen. Deshalb möchte ich immer und immer wieder den Frauen zurufen: Fort mit dem häßlichen Schleier, weg mit der Medusenauge, fort mit der Zwangsjacke in jeder Hinsicht, heraus aus dem engen kleinsten Korsett, fort mit dem einseitigen Standesbewußtsein, es soll Schöneres, Besseres und Höheres an diese Stelle zu treten! Wagt auf!

Eng verbandt mit dem ersten Punkte ist der zweite Punkt: Das ist die Einziehung der Geschlechtslehre in den Stundenplan, allerdings erst im entsprechenden Alter; und hierzu sind die allerbesten Sachverständigen gerade am geeignetsten. Wenn man die jetzige vorfindliche moralische Weltanschauung ansieht, muß man den Kopf schütteln, wenn man die Jahreszahl 1919 sieht. Diese arassen Ankenntnisse, Verwirrungen, Auswüchse sprechen jeder Beseelung. Hier muß aufgetan werden, hier im Mark des Volkes!

Nur die Frau, befreit von den Schlägen der laienrechtlichen Anerkennung, und nur der Mann, der das auf Grund indirekten Hausrechts erworbenen Privilegium ablegt, vermögen zusammen ein harmonisches Ganze bilden und nur aus dieser Harmonie kann ein neues geordnetes Volk erwachsen.

An der Schule und der damit verbundenen Erziehung liegt die Möglichkeit, dieses Ideal zu verwirklichen.

Die Kaufstengelschüsse. Das Arbeitsministerium weist in einem neuen Erlaß über die Kaufstengelschüsse darauf hin, daß durch die Gewährung von Kaufstengelschüssen bei der Anwesenheit der zur Verfügung stehenden Mittel grundsätzlich nur solche Neubauten gefördert werden können, die den an Kleinwohnungsbauteilen in gesundheitslicher und sozialer Hinsicht zu stellenden Anforderungen vollkommen genügen. Dies werde in der Hauptklasse nur für Bauten von nicht mehr als zwei Hauptgeschossen zutreffen; Bauten mit mehr Hauptgeschossen können nur ausnahmsweise Berücksichtigung finden. In Zweifelsfällen empfiehlt es sich vor Ausarbeitung der Pläne durch das Bezirksamt oder — in den Städten der Stadtverwaltung — durch das Bürgermeisterei die Entscheidung des Arbeitsministeriums anzufragen.

Konstitution. In unsern drei bisher erschienenen Artikeln unter der Überschrift „Beamte und Lehrer, aufgepaßt!“ geht uns nun eine weitere, vierte Mitteilung zu, worin der „Verband der Beamten- und Lehrervereine Baden“ uns mitteilt, daß der Verband der badischen Oberbeamtenvereine dem Verband der Beamten- und Lehrervereine Baden nicht angeschlossen ist, und deshalb die von uns gegogene Forderung, daß der Verband der Beamten- und Lehrervereine Baden deswegen nicht in der Lage sei, die Forderungen, die auf Erziehung verschiedener Oberbeamten hinausgehen, wirksam zu vertreten, nicht zutreffen.

Nun werde ein Bericht über Nr. 114 brachten wir eine Verhinderung des Vorstandes des Verbandes der badischen Oberbeamtenvereine, in dem es unter Punkt 2 heißt:

„Einen „Oberbeamtenverein“ als solchen gibt es überhaupt nicht. Die nach Fachgruppen gebildeten verschiedenen Oberbeamtenvereine sind im Verband der badischen Oberbeamtenvereine zu einer Interessens- und Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen in derselben Weise, wie dies auch die Vereine der unteren und mittleren Beamten getan haben. Alle diese Vereine der unteren, mittleren und oberen Beamten bilden zusammen den Verband der Beamten- und Lehrervereine Baden.“

Wir wollen es nun doch lieber den beteiligten Vereinen überlassen, zu entscheiden, ob sie zusammengehören oder nicht. Für uns ist die Diskussion über diesen „Fall“ geschlossen.

Keine Freigabe der Tabakernie 1919. Die in Tabakpflanzertreffen verbreitete Auffassung, daß mit dem Wegfall der Tabakwarenlieferungen an das Meer kein Grund für die Aufrechterhaltung der Beschlagnahme der im Inland geernteten Tabake bestehe, ist nach einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministeriums an

die badische Regierung, die sich um Freigabe der Tabakernie 1919 in Berlin bemüht hat, nicht berechtigt. Die Beschlagnahme ist ja nicht nur zur Sicherstellung des Meeres, sondern vor allem um eine gleichmäßige Versorgung der Tabakindustrie und eine gezielte Beschäftigung ihrer zahlreichen Arbeiter herbeizuföhren, angeordnet worden. Neuerdings wird jedoch erwogen, ob sich die Sicherstellung der inländischen Tabake zur Versorgung der Industrie nicht auf anderem Wege erzielen läßt. Das Tabakgewerbe ist im Begriff, sich auf eine wirtschaftliche Grundlage zusammenzuföhren; den sich bildenden Selbstverwaltungsgremien werden auch die Organisationen der Tabakpflanzler anzugehören sein. Ob dies schon für die Ernte 1919 möglich wird, steht noch dahin. Die Beschlagnahme der Ernte 1918 kann nicht aufgehoben werden, weil diese Tabake zum größten Teil zu den festgesetzten Preisen bereits abgeföhrt sind.

Wandervogelbewegung. Unter diesem Titel sucht die 3. Komp. Jägerstaff. Schill freiwillig zu werden und zwar aus den Reihen der — Wandervogel und Freideutschen! Nun die Wandervogel haben sich ja schon vor dem Kriege beim Jugendklubverband, dieser benutzten militärischen Jugendorganisation, sehr wohl geföhlt, trotzdem verschiedenen Deutschen und Ländern dieser Garde seit dem 9. November 1918 alles nicht radikal genug ist. Ein noch größerer Kontrast ist bei den Freideutschen zu konstatieren, bei denen der bekannte Vorkämpfer in ihrem überparteilichen Sinne nicht genug über die Freiwilligen-Verhältnisse loslassen können. Wir haben bis jetzt vergeblich auf einen Protest von dieser Seite gewartet, trotzdem hier speziell auch Freideutsche als mobile Truppe gegen die Polen eingeplant werden sollen. Ja, Theorie und Praxis!

Geheimheim bei Bruchsal. 26. Mai. Im Alter von 69 Jahren starb Hauptlehrer Friedrich Dulling sein 60jähriges Dienstjubiläum feiern.

„Kassatt, 24. Mai. In der heutigen Ausgabe der „Kassatter Zeitung“ findet sich folgende Annonce: „Kriegs-Gewinnler! Ratsschüsse für schnelle vorzunehmende, einzig mögliche Vermögensanlage werden erteilt. Gest. Adr. unter No. 2206 befördert Heint. Selzer, Hamburg 8. Auch ein Reich der Zeit!“

Offenburg, 26. Mai. Heute Abend findet in der „Mittelhalle“ die Generalversammlung des Arbeiter-Gewerkschaftsvereins Offenburg statt. Die Tagesordnung ist folgende: 1. Geschäfts- und Kassabericht, 2. Vereinsangelegenheiten, 3. Wünsche und Anträge. Die Mitglieder werden ersucht, sich pünktlich einzufinden.

Offenburg, 26. Mai. Am Donnerstag ist in einer Heilbronn-Veranstaltung Dr. Ferdinand Weg gestorben. Er war seit 1911 an unserem Gymnasium, seine Hauptgebiete waren Geschichte und Mathematik.

Durlach, 26. Mai. (H. Offenburg.) Das neuerichtete Oelonomiegebäude des Landwirts Benz (Heimbach) stürzte in sich zusammen. Dabei wurden die Maurer Karl Huber und Karl Koger schwer verletzt. Der Schaden beträgt 8000 M.

Reutlingen, 26. Mai. Neuerdings sind wieder 3 Personen verhaftet worden, die an der Tabakrebellion teilgenommen haben. Im ganzen sind bisher 11 Personen festgenommen worden.

Fälligkeit der Militärrenten am 28. Mai 1919. Die Empfänger von Militär-Versorgungsgeheimnissen werden daran erinnert, daß die Auszahlung ihrer Geheimnisse bei den Postämtern am 28. Mai stattfindet. Zur Vermeidung von Verzögerungen ist es nötig, daß die Bezüge pünktlich am Fälligkeitstage abgehoben werden. Empfänger, die am Fälligkeitstage verhindert sind, werden dringend ersucht, die Bezüge noch im Fälligkeitstag monat abzugeben.

Offiziere als Funktionäre. Bei einer am 16. Mai 1919 in Gernsbach abgehaltenen Versammlung „Truppendienstunbrauchbarer“ (?) Pferde konnte so recht beobachtet werden, wie durch Unfähigkeit und Unkenntnis noch immer Staatsvermögen veräußert wird. Wie ein Zuschauer berichtet, war von einer Verpfeilung gar keine Rede. Pferde, die von Konulungen auf mindestens 2000 M. eingeschätzt waren, wurden einfach auf Grund des Ansehens für 1000 M. ohne jede Sicherung an die Pflieger abgegeben. Die Pflieger waren Naturunternehmer begab. Landwirte aus der Umgebung, daß diese Tiere dort nicht nur zur Erholung untergebracht sind, ist jedem, nur der Verkegungskommission, nicht klar.

Unwissenschaftlich muß man sich fragen, wie beratliche, jeder Sachkenntnis kochsprechende Verträge noch jetzt, wo die Soldatenrate nicht mehr die Emdingen sein können, vorkommen können. Wo sind die Sachverständigen, wenn blühende Offiziere damit mit dem Staatsvermögen umspringen können?

Wem gehört das Geld? Es wurde aufgefunden: am 25. März auf dem Bahnhof in Freiburg im Breisgau der Betrag von 44 M 45 P.; am 26. März im Zug 431 eine Handtasche mit 26 M 5 P.; abgeliefert in Medesheim; am 26. März auf dem Bahnhof in Baden-Coden ein Geldbeutel mit 24 M 72 P.; am 30. März im Zug 614 ein Geldbeutel mit 20 M abgeliefert in Dugstetten; am 31. März im Zug 1067 ein Geldbeutel mit 20 M 5 P., abgeliefert in Bruchsal; am 5. April auf dem Bahnhof in Heilbronn der Betrag von 18 M.

Der Prozeß Ledebour.

Verlin, 20. Mai. Ueber die weiteren Erklärungen Ledebours wird berichtet: Die Januareingänge stellt der Angeklagte als den Hauptteil der maßlosen Entwertung der Arbeiterkraft gegen die Regierung Ebert-Scheidemann hin. Er habe vor Unvorsichtigkeit gewarnt und gesagt: Die Waffen seien bereit; man müsse sich aber ganz genau orientieren, ob sie auch schon losgelassen könnten. Es wurde auch hervorgehoben, daß die Berliner Garnison durchweg auf unserer Seite stände; nicht bloß die Volksmarineinfanterie, sondern auch so ziemlich sämtliche Berliner Regimenter seien bereit, zum Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann die Waffen zu ergreifen. Ferner wurde versichert, daß die Spandauer mit 2000 Maschinengewehren und 20 Geschützen zu Hilfe kommen würden, wenn es nötig sein sollte. Es fragte sich damals, so fährt der Angeklagte fort, ob man der von der Regierung beabsichtigten Abhebung Eichhorns nicht bloß defensiv entgegen treten sollte. Es wurde bestritten, daß man gehen, das heißt die Regierung Ebert-Scheidemann zu beschießen. Der einzige, der dagegen stimmte, war mein Freund Däumig. Dieser erklärte, er würde sich an der weiteren Bewegung nicht beteiligen, und hat das auch nicht getan. Was ich begangen habe, war ein politischer Akt. Im letzten Teile seiner Rede führte der Angeklagte Ledebour über die Art seiner Verhaftung. Der Angeklagte schloß seine Ausführungen mit der nachmaligen Bemerkung, daß er die volle politische Verantwortung für das, was er getan habe, nicht aber für das, was ihm angedreht werde, übernehme.

Verlin, 21. Mai. Am Ledebourprozeß erklärte der Angeklagte auf die Frage des Vorsitzenden, welchen Inhalt seine Rede vom Gasten des Polizeipräsidiums am 5. Januar gehabt habe, folgendes: Diese Rede ging darauf hinaus, zunächst die Leute zum Zusammenhalten aufzuföhren, um eventuell einer Vereitelung Eichhorns Widerstand zu leisten. — Im Anschluß daran bringt der Vorsitzende dann noch einmal die Vorgänge am 6. Jan. zur Sprache, und richtet in dieser Beziehung eine Reihe von Fragen an Ledebour. Er betreffende zunächst seine Anrede beim 3. Gardebataillon und im Mariall. Zugenernehmen wollte Ledebour nicht nur die Stimmung der Soldaten erschöpfen, sondern dabei auch auf sie einwirken. Am Mariall sprach er von einem Ausbruch von etwa 100 Personen, unter denen sich auch Zivilisten befanden. — Der Staatsanwalt: Tatsächlich sind im

Mariall doch Waffen ausgegeben worden, es sollte doch bewaffneter Widerstand geleistet werden. — Ledebour: Doch Waffen verteilt worden sind, bestritte ich nicht. Meiner Tätigkeit sollte aber erst begonnen, wenn vor die Regierung übernommen hatten.

Der Vorsitzende tritt dann in die Zeugenernehmung ein. Es werden zunächst Zeugen über die Vorgänge im „Vorwärts“-Gebäude vernommen. Redakteur Kuttner gibt zu, daß er am 9. November selbst an der Revolution teilgenommen habe. Die weitere Frage, ob der Zeuge nicht mit anderen das Wolffsche Telegraphenbüro besetzt hatte, wird bejaht. Dagegen sei im Gegensatz zu den Vorgängen im „Vorwärts“ der Betrieb vollständig weitergegangen, und die beschäftigten Personen seien unbefehligt geblieben. Es wird hierauf der Zeuge Oberleutnant Graf v. Westarp vernommen, der die bekannten Vorgänge bei der Wiedereroberung des „Vorwärts“-Gebäudes schilderte und u. a. auch erwähnte, daß er von den sieben Parlamentären der „Vorwärts“-Besetzung sechs habe abführen lassen und einen in das Gebäude zurückgeschickt habe. — Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ist Ihnen bekannt, daß diese sechs Parlamentäre später ergriffen worden sind? — Graf v. Westarp: Darüber kann ich nichts sagen. — Dr. Rosenfeld: Ist Ihnen bekannt, daß die 200 bis 300 Personen, die im „Vorwärts“ verhaftet worden sind, in der Dragonerserne mitgenommen und mit Ketten geföhrt worden sind? — Graf v. Westarp: Nein, davon weiß ich nichts mit einer Ausnahme: als die Festgenommenen über den Potsdamer Platz geführt wurden, sprang plötzlich ein Mann in Arbeiterkleidung auf sie los und schlug ihnen mit der Faust ins Gesicht. Meine Leute hätten beinahe auf diesen Mann geschossen, als er wegief, da sie glaubten, er sei entflohen und gehöre zu den Verhafteten. — Es wurde darauf der Zeuge Payer vernommen, der sagte, daß er über Einzelheiten nicht viel sagen könne. — Feldwebelmann Wille von der Militärbeuteammstelle in der Alten Jakobstraße schildert die Ereignisse in der Nacht zum 9. Januar. Sämtliche Fenster waren eingeschlagen und die Behälter beraubt. Er ging darauf in das „Vorwärts“-Gebäude, um sich seiner Verhörde gegenüber eine Bescheinigung über den Einbruch zu verschaffen. Der Kommandant der Vorwärts-Besetzung erwiderte, das war kein Einbruch, sondern eine Requisition. Ich habe dann darauf erwidert: Ja, wenn Sie requirieren wollen, können Sie das während meiner Dienststunden kommen. — Vorsitzender: Was ist eigentlich mitgenommen worden? — Zeuge: Waffen, Bekleidungsstücke, 5 Satz Patronen und 600 Gewehre, außerdem Geld in Höhe von etwa 300 M. — Die Zeugenernehmung endet mit der Vernehmung des Oberpostassistenten Schönebeck, der die Vorgänge bei der Beraubung des Postamts 17 am Schlesischen Bahnhof um 156 000 M. und des Inspektors Gaebele über die Besetzung des Wolffschen Telegraphenbüros schildert. Die nächste Sitzung findet am Freitag statt.

Gewerkschaftliches.

Die Anwaltsgehilfen. Zu dem Artikel in unserm Blatt vom 20. ds. Mts. wird uns aus Anwaltskreisen geschrieben: Zwischen dem Vorstand des Verbandes der badischen Anwaltsgehilfen, Ortsgruppe Karlsruhe, und dem Vorstand des Karlsruher Anwaltsvereins wurde durch seinerzeit sofort eingeleitete Verhandlungen eine Einigung über die Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der Anwaltsgehilfen des Landgerichtsbezirks Karlsruhe erzielt. Der Entwurf der Bestimmungen, welche hiernach maßgebend sein sollen, wird der benachrichtigten bereits eingehenden Generalversammlung des Karlsruher Anwaltsvereins zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Bei dieser Sachlage erübrt es sich eine ins Einzelne gehende Wiederholung der Besprechungen des öffentlichen sowie die gebotene Fühlungnahme mit der Gehilfenorganisation verfohlen Artikels.

Soziale Rundschau.

Ueber die Wohnungsfrage in den Kavernen erfolgt in der amtlichen „Karlsr. Ztg.“ eine Darstellung, in der ausgeführt wird, daß das Generalkommando des 14. A. R. in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsministerium dauernd bemüht ist durch zweckmäßige Verteilung bezug. Zusammenlegen von Truppenveränden, Raum für Obdachlose, Flüchtlinge usw. zu schaffen. Die Gesamtzahl der noch im Lande befindlichen militärischen Behörden und Truppenteile beträgt 18 270 Köpfe ausschließlich 4400 Zivilistenkräfte. In dem Artikel wird dann noch mitgeteilt, daß in Karlsruhe, Ettlingen, Rastatt, Lahr, Mannheim, Müllheim, Offenburg, Rastatt und Freiburg größere Teile von Kavernen und Mannschafts-käuer als Wohnwohnungen freigegeben oder durch Verlegung von Geschäftsimmern aus Wohnungen in die Kavernen Mietgelegenheit geschaffen worden ist.

Aus der Partei.

Genossen und Genossinnen! Im Anschluß an den vom Parteivorstand nach Weimar abgehaltenen Parteitag soll eine Frauenkonferenz stattfinden. Die Tagesordnung ist folgende:

- 1. Die Aufgaben der sozialdemokratischen Frauenbewegung.
- 2. Frauenarbeit und Frauenzucht.

Wir fordern die Organisationen auf, die Wahlen rechtzeitig zu bewirken. Ueber den Delegierten sind zur Teilnahme die weiblichen Mitglieder der Nationalversammlung berechtigt. Den Fraktionen der einzelnen Landesparlamente wird am beigegeben, eine Genossin zu delegieren.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden ersucht, dem Parteivorstand die Namen der Delegierten unter dessen Adressenangabe als bald mitzuteilen.

Wegen Wohnungsbeschaffung ist das Lokalkomitee für den Parteitag: Julius Pasa, Weimar, Vertulstraße 2 a, zuständig. Die Delegierten mögen sich dahin wenden.

Verlin, 20. Mai 1919.

Der Parteivorstand.

Zum Deutschen Parteitag.

Aus dem Büro des Parteivorstandes wird uns geschrieben: Der Parteivorstand hat dem Drängen nach einer möglichst schnellen Einberufung eines Parteitages in der Annahme entsprochen, daß es möglich sein werde, die notwendigen Unterlagen für den Parteitag rechtzeitig zu beschaffen. Leider muß gesagt werden, daß ein Teil unserer Organisationen diese Hoffnung bis jetzt nicht gerechtföhrt hat. Trotz allen Drängens hat ein Teil der Kreis- und Bezirks die Berichtsbogen noch immer nicht eingeleant. Es sehr anerkannt wird, daß das Anwandern der Organisation in letzter Zeit die Arbeitskraft unserer Genossen voll in Anspruch nimmt, muß doch darauf hingewiesen werden, daß ohne diese notwendigen Unterlagen eine Uebersicht über den Stand und die Tätigkeit der Parteioorganisationen nicht gegeben werden kann. Deshalb ersucht der Parteivorstand dringend, unverzüglich die noch ausstehenden Berichtsbogen einzusenden.

„Kassatt, 26. Mai. Jugendorganisation. Morgen, Dienstag, abend 1/8 Uhr, findet Versammlung im „Koppen“ statt. Da die Wanderung an Sinnenlicht besprochen werden soll, ist zahlreiches Erscheinen erforderlich.

Die Gemeindevahlen.

Von den gestern im Lande stattgefundenen Gemeindevahlen liegen bis heute früh erst wenige Resultate aus der näheren Umgebung vor, aus Eßlingen, Durlach, Bruchsal und einigen kleineren Orten. Das Bild, das man aus diesen wenigen Zahlen gewinnt, ist das gleiche wie jenes am Sonntag: eine flaute Wahlbeteiligung, die nirgends über 50 Proz. stieg. Die Wahlen des letzten Sonntag und ihre Folgen, haben also nicht vermocht, die Arbeiterklasse aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln und zu regerer Tätigkeit anzuspornen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß eine Hauptursache an dieser Gleichgültigkeit die Spaltung der sozialistischen Parteien trägt. Der unheilvolle Bruderkampf hielt sehr viele Genossen ab, sich an der Parteiarbeit zu beteiligen. Die Unabhängigen fügten zu den vielen Sünden, die sie an der deutschen Arbeiterklasse begangen haben, eine neue, denn man kann mit absoluter Sicherheit sagen, daß in einer überaus großen Anzahl sozialistischer Gemeinden heute eine sozialdemokratische Mehrheit besteht, wenn die Unabhängigen nicht den Miß in die Arbeiterbewegung gebracht hätten. Sie haben nun ein bar Mandate, auf Kosten der Mehrheitspartei, auf Kosten der geringen Wahlbeteiligung; sie sind mit ihrer kleinen Minderheit auf den Rathhäusern aber unbedingt auf die Unterstützung der Mehrheitspartei angewiesen, wenn sie etwas erreichen wollen. Anstatt eine freiheliche Fortentwicklung des Gemeindevotens, anstatt an einen fruchtbringenden und segensreichen Aufbau der Gemeinden im sozialistischen Sinne gehen zu können, muß nun die Sozialdemokratie ihre Hauptkraft wieder darauf verwenden, um dem Bürgerturn, der Reaktion, die die Mehrheit hat, Schritt für Schritt jeden Fußbreit Boden abzuräumen. Die Arbeiterklasse wird dieses neue Verbrechen, das die unabhängige Partei an ihrer Sache begangen, nie vergessen. — Es wird über die Gemeindevahlen noch weiteres zu sagen sein, wenn die Resultate aus dem ganzen Lande vorliegen.

Die Gemeindevahl in Pforzheim.

Pforzheim, 26. Mai. Das Resultat der Gemeindevahlen des gestrigen Tages ist bei einer Wahlbeteiligung von 50 Prozent folgendes: Die Soziald. Partei erhielt 7923 Stimmen gleich 36 Sitze, die Unabhängigen erhielten 2178 Stimmen gleich 10 Sitze, die D. Dem. 2580 Stimmen gleich 12 Sitze, die Deutsch-Nationalen 3411 Stimmen gleich 10 Sitze, die Mittelstandsvereingung 2908 Stimmen gleich 14 Sitze und das Zentrum 1670 Stimmen gleich 8 Sitze.

r. Durlach, 25. Mai. Bei der heutigen Gemeindevahl sind von 1200 Wahlberechtigten 635 gültige Stimmen abgegeben worden. Davon haben erhalten: Soz. 160, Unabh. 72, Zentrum 251, Freie Bürgervere. 145 Stimmen. Demnach verfiel sich die Sitze wie folgt: Soz. 12, Unabh. 5, Zentrum 20, Bürgervereingung 11.

i. Durlach, 25. Mai. Die Wahlbeteiligung war eine flaute, sie betrug etwa 48 Prozent. Die Unabhängigen, die am Sonntag vormittag noch ein von den niedrigen Anwohnern gegen uns strotzenden Flugblatt verbreiteten, haben verhältnismäßig gut abgeschnitten, ebenso die Christlich-Nationalen in Verbindung mit dem Bürgerverein, der wieder einmal das Allmend als Raum aufmarschieren ließen. Schluß kamen die Demokraten weg. Die beiden sozialdem. Parteien verfügten über eine knappe Mehrheit im Bürgervereinsrat, sie hielten 38 von den 72 Gemeindevorständen. Im einzelnen ergab sich folgendes Resultat: Soz. Partei 25 Gemeindevorstände, 6 Gemeindevorstände, Unabh. Soz. 13 Gemeindevorstände, 1 Gemeindevorstand; Christl.-Nat. u. Bürgerverein 14 resp. 8; Demokraten 12 resp. 3 ebenf. auch 2; Zentrum 8 resp. 1 ebenf. 2.

h. Durlach, 26. Mai. Es erhielten bei den gestrigen Gemeindevorstandswahlen die Sozialdem. 521 Stimmen, Gemeinsame Liste der Deutsch.-Dem., Konservat. von und Zentrum 411 Stimmen. — Zu den Kreis- und Bezirksparlamenten: Sozialdem. 522 Stimmen, Deutsch.-Dem. 339, Zentrum 25, Deutsch.-Nat. 41. Wahlberechtigt waren 1508. Abgestimmt haben 934.

g. Eßlingen, 25. Mai. Mit Befriedigung darf unsere Partei auf das Ergebnis der heutigen Bürgervereinswahlen zurückblicken. Im Ganzen wurden 2762 gültige Wahlzettel abgegeben; das entspricht einer Wahlbeteiligung von 55-60 Prozent. Also auch hier zeigt sich die allgemein Wahlmüdigkeit. Das hätte weiter mag manche zu Ausfällen veranlassen haben. Die einzelnen Parteien erhielten Stimmen: Soz. 657, U.S.P. 206, Dem. 381, Deutsch.-nat. 205, Zentrum 349, Bürgervereingung 464. Die Mandate dürften sich folgendermaßen verteilen: Soz. 15, U.S.P. 4, Dem. 8, Deutsch.-nat. 4, Zentr. 19, Bürg. Ver. 10. Bisher war unsere Partei mit 9 Genossen vertreten. Die Zunahme von 6 Mandaten gegenüber der letzten Wahl ist um so bemerkenswerter, weil sich die Zahl der Bürgervereinsmitglieder von 72 auf 60 verringerte. Die U.S.P. haben verhältnismäßig gut abgeschnitten, sie rechneten aber mit 5 Vertretern. Wenn die unnötige Propaganda in der Arbeiterklasse nicht wäre, wodurch sich mancher von der Abgabe eines Stimmzettels abhalten ließ, dann wäre unsere Partei nahe an die Mehrheit heranrückte. Das Zentrum ist von 28 auf 19 Bürgervereinsmitglieder zurückgegangen. Und dies trotz nichtschöner Bearbeitung der Frauen. Dies paßt nicht recht zu dem Jubel, den diese Partei schon vor 14 Tagen im „Lordsmann“ und „Vob. Beobachter“ anstimmte und noch weniger zu der Spöttelei über unsere „Wahlzettel“. Desmal ist eben das Zentrum vom Glück etwas verlassen worden. Bemerkenswert ist auch der Rückgang der Deutsch.-Demokraten. Diese ehemalige stolze Rathauspartei ist im Schwinden begriffen. Durch die Verbindung mit den Nat.-Liberalen wurde die Herrschaft hier sehr gefährdet. — Den Haupterfolg hat unsere Partei zu verzeichnen. Unsere Erwartungen wurden voll und ganz erfüllt. Die stürzende Arbeit unserer Genossinnen und Genossen lobenswerth. Der Sozialismus ist auch hier auf dem Marsch. In der Arbeiterklasse hat es nun, weiter zu arbeiten und zu werden für unsere Sache. Besonders aber richten wir an alle die Mäßigung: Sed einig! Laßt euch nicht noch weiter zerstückeln,

nur in der Eitelkeit legt die Kraft, in Zukunft im Interesse der Arbeiterklasse aufzubauen zu arbeiten.

a. Bruchsal, 26. Mai. Ein Sieg des Frauenstimmrechts bedeutet die gestrigen Stadtverordnetenwahl. Die Zentrumspartei vereinigte 2325 Stimmen auf ihre Kandidaten, die Deutsch.-Demokraten 1235 St., die Sozialdem. 1008, U.S.P. 222 St. und die Deutsch.-Nat. Partei 192 Stimmen. Es entspricht dies einer Mandatszahl von 41 Zentr., 20 Dem., 17 Soz., 3 D.-N., 3 U.S.P.

Freiburg i. Br., 26. Mai. Bei den gestrigen Wahlen der Stadtverordneten erhielten an Stimmen das Zentrum 10081, die Sozialdemokraten 6197, die Hausbesitzer und Mittelständler 1926, die Demokraten 3095, die Deutsch.-Nationalen 1332, die Deutsch.-Liberalen 1076. An Seiten das Zentrum 42, die Deutsch.-Liberalen 8, die Hausbesitzer und Mittelständler 8, die Demokraten 12, die Deutsch.-Nationalen 5 und die Deutsch.-Liberalen 4. Zwei Bezirke stehen noch aus, die jedoch an dem Endergebnis nichts ändern.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 26. Mai.

Die Stadtratswahl.

Wie wir bereits mitgeteilt, finden am morgigen Dienstag vormittag die Wahlen zum Stadtrat statt. Bekanntlich findet auch diese Wahl nach dem Verhältnis der auf die einzelnen Parteien bei der Stadtverordnetenwahl entfallenen Sitze statt. Da für die Reststimmen das Los hätte entscheiden sollen, haben, um die Zufälligkeiten einer Losentscheidung zu vermeiden, die drei großen Parteien, Deutsch.-Demokraten, Sozialdemokraten und Zentrum, eine Vereinbarung dahingehend getroffen, daß die Demokraten 7 Sitze erhalten, die Sozialdemokraten 6 und das Zentrum je 6. Die Vereinbarung ist eine rein formelle und bindet keine der drei Parteien in ihrer künftigen Tätigkeit in irgend einer Weise. Ebenso reichen die drei Parteien auch eine gemeinsame Vorschlagsliste für die Wahl des Stadtverordnetenverbandes ein.

Sozialdem. Bürgervereinsfraktion. Heute abend 8 Uhr im kleinen Rathhaussaal Fraktions-Sitzung. Vollständiges und pünktliches Erscheinen notwendig.

Arbeiter-Verein zur Einigung der Proletariats. Zu der heute abend halb 8 Uhr in der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13, stattfindenden Versammlung werden die Arbeiter aller Betriebe nochmals freundlichst eingeladen zu erscheinen. Wenn die Einigung der Arbeiter am Morgen liegt, der komme und helfe mit, damit die gegenseitige Bekämpfung der proletarischen Parteien verschwindet.

Kaufmännische und technische Privatangehörige. Wir machen auch an dieser Stelle auf die öffentlichen Versammlungen am Dienstag und Mittwoch, jeweils abends halb 8 Uhr, im „Eintrachtsaal“ aufmerksam, in denen über den Tarifvertrag Beschluß gefaßt werden soll. (Näheres siehe Inserat.)

Zur Speditionszeitung. Zeitungsmedien lassen darauf schließen, daß im Laufe der Woche die zweite Verteilung amerikanischer Spedes stattfindet und zwar größtenteils Dörfler. Es erscheint heute schon angebracht, darauf hinzuweisen, daß die Zeitschrift „Gammelnachrichten“, wie es bei der letzten Spedesgabe festzustellen hat, unbedingt zu unterbleiben hat. „Sped“ hat seine Aufgaben, auch der „amerikanischen“ nicht. Es ist ein eigenartiges Geschöpf der Verkaufsstellen, dem Käufer ohne weiteres einfach Ansehen statt Ware zu geben. Wer, bezw. welche Behörde läßt denn hier die Aufsicht aus? Zweifellos ist es Sache des Kommunalverbandes, hier einzuschreiten! Der Sped ist teuer genug und soll, wie man gelesen hat, noch teurer werden. Unter keinen Umständen darf noch eine willkürliche, ungerechte Verteuerung stattfinden. Es ist den Käufern anzuraten, beigegebene Anzeigen, von denen im Reich mitgeteilt worden abgesehen — kurzer Hand zu kündigen. Verweigert der betr. Metzger die Abgabe des Fleisches, dann gibt es bestenfalls auch noch eine Stelle, die sich einem eigenmächtigen Verfahren ein für allemal ein Ende bereitet.

Gebühre der Gebühren für Erziehungszufuhr. Die seit der durch den Abh. Herrmannstr. 17 festgesetzten, sehr wieder bemessenen Gebühren für die häusliche Aufzucht der Erziehungszufuhr sind verdoppelt worden. Die Gebühren werden künftig nicht mehr durch den Tarif, sondern durch Schalteranträge bekannt gemacht. Die für die amtlichen Erziehungszuführer festgelegten Sätze, die erst vor kurzem neu geregelt worden sind, werden davon nicht berührt.

Sollt den Deutschen in Miga! Man schreibt uns: Die neuesten Nachrichten, die aus der alten Karstadt Miga nach Deutschland bringen, melden Entschieden an Grenellen und Mutanten. Von Ratschweilen sind jetzt infolge des dort herrschenden Lebensmittelmangels alle noch in der Stadt verbliebenen Frauen und Kinder aller Stände — man schätzt, daß früher die Stadt etwa eine halbe Million Einwohner hatte, die Zahl auf etwa 70000 A auf die Einwohnerzahl in der Nähe der Stadt angesehen worden, wo sie dem Hunger, der Kälte und allen Unbilden der Witterung preisgegeben sind. Wie schon so oft, beginnt auch in diesem Falle eine Disziplinierung einzusetzen. Auch bei uns entziehe sich niemand der Pflicht, nach seinen Kräften zu helfen! Gelegenheit dazu soll neben Sommerfesten eine Hausammlung durch Helferinnen vom roten Kreuz geben, die noch für diesen Monat geplant ist. (Näheres siehe Inserat.)

Rathhaus Karlsruhe. Ueber „Kultur und Wirtschaft“ spricht am Dienstag, 27. Mai, im großen Rathhaussaal auf Anregung des Volksrates Karlsruhe Albert Sezaue. Nachdem die bisherigen Vorträge eine Darstellung der sehr hoch gestellten Endziele der Volkshausarbeit gebracht haben, kommt es sehr darauf an, einmal den Zusammenhang kultureller mit wirtschaftlichen Fragen zu behandeln und zwar nicht nur von grundsätzlichen, sondern vor allem von praktischen Gesichtspunkten aus. Wie wir aus künftiger Arbeit heraus den Weg zur Kultur finden können, das ist schließlich doch der Kernpunkt dieses Problems, der an diesem dritten Vortragsabend behandelt werden soll und der allgemeines Interesse verdient.

Karlsruherische Geschäftspraktiken. In verschiedenen Schulgesellschaften wird, wie man uns mitteilt, der Käufer beim Einkauf von Schuhen genötigt, noch für 4-8 A Kleinigkeiten wie halbkugelförmige Schuhzweige, Papiernebel und Sollenfächer einzukaufen. Ob nur die gewöhnlichen Leute von dieser Abzucht betroffen werden oder auch die „feinere Arbeit“, wissen wir nicht. Auf alle Fälle ist ein solches Geschäftsbahnen verwerflich und ist nur dazu ansetzen die oberste gesetzte Stimmung der arbeitenden Bevölkerung noch zu erhöhen, was die profitierenden Schuhhändler gewiß auch nicht wollen, denn auch über sie könnte die Blutwelle hereinbrechen, wenn das Maß voll ist.

Die städt. Knabenhandarbeitschule hat wieder ihr neues Schuljahr begonnen. Während des Krieges konnten wegen Mangel an Lehrkräften nur Volksschüler Aufnahme finden. Jetzt werden auch wieder Schüler höherer Schulanstalten aufgenommen. Die Aufnahme der Volksschüler erfolgt bei den Klassenlehrern der Volksschule. Die Aufnahmezeit für Schüler höherer Lehranstalten ist den einzelnen Direktionen mitgeteilt worden. — Der neuzeitliche Handarbeitsunterricht beginnt vor allem mit dem Schneiden, Zerschneiden und eigenen Schäften. Ingenieur, Kunst und Technik werden gelehrt und geübt. In unsern wirtschaftlichen Kämpfen ist nicht allein gründliches theoretisches Wissen vonnöten, sondern hauptsächlich auch manuelle Geschicklichkeit verbunden mit eifriger Willenskraft und nie versiegender Arbeitsfreude, und um diese zu wecken, dazu gibt der Knabenhandarbeitsunterricht Gelegenheit. Mögen daher Eltern und Fürsorgern nicht verzäumen, ihre Jungen dieser wohlthätigen häuslichen Einrichtung zuzuführen.

Im Kolosseum gastiert zurzeit eine alte beliebte Künstler-Gesellschaft, das Frankfurter Intime Theater unter der Leitung des Direktors Josef Kusaj. Wenn auch die dort gebotene Weisheit etwas leichter Art ist für die Jetztzeit, so verdienen die Sätze doch volles Lob. Hermi Hellen und N. B. S. Sternau eröffnen den Abend mit beliebigen Tanzduetten. Rosa Gella spricht mit ausgeprägter Geste zur Musik ihre haarstacheligen, spiken Kabarettverse, während die atonischen Tänze des Titaneu-Trio, frisch und einfach, bald mit dem lästigen Gesang, dann mit Tamburinspiel den Weisheit des Hauses erobert. Als humoristischer Sprecher stellt sich Heinz Spangenberg vor. Mit seinen Witzspitzen werden den einzelnen Nummern und seinem ufligen Auftreten im Saal weiß er die Zuhörerschaft ordentlich ins Laugen zu bringen, das seine Höchsteigerung erfährt mit seinem „Ohne Hoje, ohne Weis“ und ohne Red“. Jakob Kolob findet mit seinen glänzenden mimischen Darstellungen von Charakterköpfen der Musik und des politischen Lebens allgemeinen Beifall. Zu erwähnen ist noch Rudi Haller, der Kapuzinaten der Weltkunst trefflich wiedergibt, sowie Prinzge Redlich, die das Publikum mit ihrer orientalischen Tempelgebäude feißhält und zum Schluß noch die Rangführerin Irene werden, die durch Vorführung ihrer klassischen Tänze allgemeinen Anklang findet.

Letzte Nachrichten.

Der bayerische sozialdemokratische Parteitag für ein bayerisches Koalitionsministerium.

Berlin, 26. Mai. Der bayerische sozialistische Landesparteitag in Nürnberg stimmte mit 217 gegen 41 Stimmen dem Antrag des Ministeriums Hofmann auf Bildung eines Koalitionsministeriums zu.

Papierene Proteste.

Wien, 24. Mai. Die neutralen Staaten angehörigen Komiteemitglieder der internationalen christlichen Arbeitervereinigungen verbreiten in den schweizerischen und holländischen Mätern eine Kundgebung, die sich in scharfer Weise gegen den Versailles Friedensvertrag richtet. Der Entwurf mißbrauche das Prinzip der Selbstbestimmung, um Millionen Deutscher in fremde Staaten hineinzujagen. Trotz feierlicher Verurteilung würde unerschütterter Anexionismus getrieben. Ein Schlag ins Gesicht der Menschheit und eine Verhängung gegen die Völker und die Menschheit sei es, unter dem Deckmantel der Schandenbegünstigung Deutschlands zur dauernden Verarmung und Verelendung zu verurteilen, es in finanzielle Ketten zu legen, wichtiger Stoffe zu berauben, Millionen zur Auswanderung zu zwingen und ihnen durch Eingriffe aller Art seine Souveränität zu nehmen. Die Leiter der Pariser Konferenz werden beschworen, das Gespinnst der kommenden Weltkriege zu bannen.

Wien, 24. Mai. Der englische Volkswirtschaftler und Kapitän G. Lewis Dickinson, Professor am King College in Cambridge fällt in der „Daily News“ ein vernichtendes Urteil über den Friedensvertrag: „Er schreibt: Seit der Festsetzung Gattagos durch die Römer seien niemals einem besiegten Volk derartige Bedingungen auferlegt worden. Was man im Jahre 1816 Frankreich anbot, nachdem es 20 Jahre lang ganz Europa mit Feuer und Schwert bekämpft hatte, sei im Vergleich dazu eine Bagatelle. Auch der Friedensschluß mit Frankreich im Jahre 1871 sei eine Kleinigkeit dagegen. Man übertreibe nicht, wenn man sehe, daß aus der deutschen Nation ein Volk von Gelehrten gemacht werde. Wenn man die Revolution noch retten wolle, so müsse die des Geschicks von Paris ungekehrt gemacht werden. Nur die von den Schlachtfeldern zurückkehrende Jugend und die Arbeiter könnten das tun.“

Schlechte Zustände bei den deutschen Kriegsgefangenen in Nordfrankreich.

Berlin, 24. Mai. Seit Beginn des Waffenstillstandes sind Tausende und Abertausende von deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich nach der ehemaligen Kampagne zu Aufnahmungs- und Wiederherstellungsarbeiten transportiert worden. Zu den zerstückelten Häusern und Unterständen der ehemaligen Kampagne, in zerfallenen Baracken und Schuppen, wo Tieren und Hensler fehlen, in dünnen Zelten untergebracht, sind die in d. Unbilden der Witterung ausgelegt. Sie haben keine richtige Lagerstätte, liegen zum Teil auf altem, verfaultem Stroh, auf der kalten, nassen Erde, haben meißt nur eine Decke, nur einen Anzug und keine Schuhe zum Wechseln, arbeitslose Schuhschwarz. Die Ernährung ist völlig ungenügend. Die Behandlung ist teilweise furchbar. Geschlagen, beschimpft und mit Krügen gezerrten müssen sie frohen, Blindgänger suchen, schleppen und tragen Kranke, abgemagert, seelisch und körperlich heruntergekommen, leiden sie ein Martyrium ohne gleichen. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat in Spa wiederholt und eindringlich auf die jämmerliche Behandlung dieser Kriegsgefangenen hingewiesen und hat besonders kräftige Eingeläufe nachgehrt gemacht. Auch hat sie erreicht, daß etwa 2000 deutsche Kriegsgefangene des roten Kreuzes die früheren Kampagne bereiten und die Lage der deutschen Kriegsgefangenen prüfen dürfen. Bisher sind die Franzosen zu überzeugen, daß die Klagen der deutschen Kriegsgefangenen auf Wahrheit beruhen.

Briefkasten der Redaktion.

i. Annelinen. Brief vom Samstag Mittag 12 Uhr in unserer Post; Poststempel: 24. 5. 19. 6-7 B. Die Notiz konnte also nicht mehr gebracht werden.

J. S. Eßlingen. Der Gelehrte kann zwar Unberechtigt den Aufenthalt im Lazarett beziehen; er ist aber selbstverständlich nicht in der Lage, ihnen den Handel zu unterlegen.

G. P. 200. Im Allgemeinen muß keine natürlich besonders bezahlt werden; es das auch für ihren Fall zutrifft. Können wir erst nach genauer Prüfung des Falles sagen. Sie können sich zu diesem Zweck an das Arbeitersekretariat in Karlsruhe, Wilhelmstraße 47, wenden.

J. L. Feuerungszug ist ein Bestandteil des Lohnes und infolgedessen steuerpflichtig.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Rodel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Angelegenheit Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Erweiterung des Karlsruher Rheinhafens

Enteignung des zur Erweiterung des 5. Rhein-

Zur Erweiterung des Rheinhafens nach Maßgabe

Der Enteignungsantrag und Planauszug liegen

Karlsruhe, den 19. Mai 1919.

D.S. 178. Bezirksamt. 2909

Den Anteil an dem Grundstück, in dem die

Karlsruhe, den 23. Mai 1919.

D.S. 174. Bezirksamt. 3809

Aufforderung.

Das starke Auftreten des Maitäfers bildet eine

Karlsruhe, den 21. Mai 1919.

Das Bürgermeisteramt.

Kommunalverband Karlsruhe-Stadt.

Schlacht- und Metzgerei

Table with 4 columns: Gemüse, Pfund, Preis, and other items like Kartoffeln, Zwiebeln.

An allen Waren, sowohl an den Märkten wie in

Karlsruhe, den 23. Mai 1919.

Pferdefleischverkauf.

Einleitung der Marke 9.

Beginn: Dienstag, den 27. Mai 1919.

Verkaufsstelle A, Städt. Fleisch-, Schlachthausstraße,

Verkaufsstelle B, Durlacherstraße 59, grüne Karten.

Verkaufsstelle C, Schützenstraße 36, gelbe Karten.

Verkaufsstelle D, Poststraße 99, violette Karten.

Verkaufsstelle E, Rheinstraße 56, grüne Karten.

Karlsruhe, den 24. Mai 1919.

Stadt. Fleischamt.

Stärke Wäsche

wird wieder in normaler Lieferfrist besorgt.

Annahme-Stellen in Karlsruhe: Kaiserallee 37, Schillerstraße 18, Gabelsbergerstraße 1, Amalien-

Wasch-Stoffe Auslage und Verkauf im Lichthof. Reiche Auswahl mod. Gewebe und Muster Hermann TIETZ.

Speck-Verteilung.

Die Verteilung von amerikanischen Schweinefleisch

Dienstag, den 27. Mai 1919, in der Zeit

von 7 bis 12 Uhr vorm. und von 2 bis 5 Uhr nachm.

Die Verteilung hat nach der auf der Speck-

Karlsruhe, den 24. Mai 1919.

Eierverteilung.

Bei der Eierverteilung in der Woche vom 26. Mai

Karlsruhe, den 24. Mai 1919.

Lebensmittel-Marken!

Für verpackte, verkostete, gekochte und sonst

Karlsruhe, den 24. Mai 1919.

Daniels Konfektions-Haus

Wir suchen: Eisenhobler und Horizontal-Bohrer

Es kommen nur tüchtige Arbeiter in Frage,

Bad. Maschinenfabrik, (Seboldwerk) Durlach.

Geld auch größere Beträge

Mandolinen, Gitarren, Zithern

Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft,

Verlangen Sie bitte nur Schuhkrem Pilo!

Verloren

am 22. Mai früh auf dem Weg von Verohausen

Herrenuhr mit Kette.

Verloren

Grasversteigerung.

Montag, den 26. Mai, nachm. 5 Uhr wird d. Gras-

Städt. Gartenamt.

Standesbuch-Auszüge

der Stadt Karlsruhe

Cheaufseher.

Flügel u. Pianinos

zu kaufen

Jeder Dame,

welche ihr ausgefallenes

Jeder Dame,

Haustabak

garantirt rein, ohne jede

Haustabak

Straßenreinigung

der Stadt Karlsruhe

Straßenreinigung

Reichswehr!

Freiwillige!

kommt zum

Garde-Kavallerie-Schützen-Korps

Garde-Kavallerie-Schützen-Division

Division Litow-Urbeck.

Hauptwerbestelle:

Durlach: Friedrichschule, Zimmer 16/17.

Militärpapiere mitbringen, Ungediente (17 bis 35 Jahre) Leumundszeugnis, Elterliche Einverständnis, Fahrausweis beim Bezirkskommando oder in Durlach beantragen. 8600

Empfehle mich zum Ankauf von **Offiz. Uniformen** **Schmucksachen** aller Art **Wäsche** usw



Gesell. Angebote erbitte! **Weintraub's** An- u. Verkaufsgeschäft, Kronenstr. 52, Telefon: 3747.

Colosseum.

Täglich acht Uhr abends. Fortgesetzt erfolgreiches Gastspiel des

Frankfurter Intimen Theaters

Erstklassige Kunstkräfte! Glänzendes Programm!

Heinz Spangenberg, Prinzess Riedjeh, Rudi Teller, Irene Verden, Rose Gollen, Sternau-Duett. 8800

Vorverkauf im Büro des Colosseum von 10-12 Uhr vormittags.

Sozialdem. Partei des alten 8. badischen Reichstagswahlkreises.

Am Mittwoch, den 28. Mai, abends 7 bis 11 Uhr, findet in allen Mitgliedschaften die

Urwahl

eines Delegierten zum Deutschen Parteitag in Weimar statt. Als Kandidaten sind vorgeschlagen

- D. Mellert, Rastatt**
- D. Rapp, Baden-Baden**
- W. Müller-Beck, Bietigheim.**

Die Wahl hat geheim durch Stimmzettel stattzufinden. Es darf nur einer der drei vorgeschlagenen Kandidaten gewählt werden. Die Wahlergebnisse müssen bis Donnerstag, den 29. Mai 1919, abends 7 Uhr im Lokal zum „Kappen“ in Rastatt eingetroffen sein, weshalb eine Mitteilungs durch dringende Depesche notwendig ist. Die Belege (Wahlprotokoll, Stimmzettel) sind sofort brieflich nachzusenden.

Der Wahlkreisvorstand.

Hilfe

den vor Volkshemden aus dem Vorkriegsland geflüchteten notleidenden reichsdeutschen und badischen Frauen und Kindern.

Haussammlung

durch Helferinnen vom Roten Kreuz vom 23. Mai ab.

- Sammelstellen** befinden sich bei den Unterzeichneten:
- Frau Geh. Arnold, Kochstraße 1a.
 - Frau Geh. Doll, Mitterstraße 26.
 - Frau Dr. Kay, Stefanienstraße 46.
 - Fräulein Kerfing, Jahnstraße 15.
 - Frau Med.-Rat Krumm, Velfortstraße 21.
 - Fräulein von Pexold, Schumannstr. 7/III und Helferinnenbüro, Gartenstraße 49.
 - Frau Staatsrat Weingärtner, Stefanienstraße 38/II. 3789

Gebrauchte **Mandoline** oder **Gitarre** zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisangeboten unter Nr. 8702 an das „Volkshaus“.

Das Luft- u. Sonnenbad am Dammerstock

5 Minut. vom Albtal-Bahnhof entfernt

ist eröffnet!

Täglich geöffnet von morgens sieben Uhr bis abends acht Uhr.

Soldaten u. Kriegsbeschädigte genießen ermäß. Preise 1028

Die **Feuerwehr- u. Bürger-Kapelle** Karlsruhe

welche aus Leistungsfähigen Verbände- und Beamtenmusikern besteht, empfiehlt sich zu Musik-Aufführungen jeder Art

Streich- u. Blaskonzerten

Vorzügliche Kräfte, welche nicht direkt auf Musikgeschäfte angewiesen sind, können sich um Aufnahme zur Verstärkung der Kapelle zur Bedienung für Streich- und Blasmusik melden beim

Obermusikmeister a. D. H. Eise,
Durlacher-Allee 29 c, 2. Stod. 8812

Werbestelle:

Freiwilliges Landesjäger-Korps

Werbestelle Durlach

stellt noch gediente Unteroffiziere und Mannschaften aller Jahrgänge ein.

Außerdem Ungediente, die das 17. Lebensjahr vollendet, 1,56 m groß, 80 cm Brustumfang haben. Anml. Erlaubnischein der Eltern mitbringen.

— Auskunft daselbst. — 8789

Geöffnet von 9-1 vorm., 2-6 Uhr nachm.

Kastenwagen „Optima“

90-100 cm Länge, 5 bis 7 Htr. Tragfähigkeit, vielseit. Verwendbarkeit, besonders für Garten-Landwirtschaft geeignet, empfiehlt

J. Lechner, Hauptstr. 23, Tel. 4113
Verband nach auswärts

Frauen-Hemden

Frauen-Beinkleider

farbig

Frauen-Arbeits-Schürzen

Handtücher

grauleinen

Gardinen-Stoffe

empfiehlt, solange Vorrat

Jacob Wertheimer
Manufaktur- und Weisswaren
Ettlingerstraße 27, part.

Arbeiter! Werbet für den Volkshaus.

Volkshaus Karlsruhe

Dienstag, den 27. Mai, abends 8 Uhr

im Rathssaal:

Kultur und Wirtschaft.

Vortrag von Albert Sexauer.

Karten zu 1.- Mk. (Mitglieder 50 Pfg.) in der Musikalienhandlung **Fritz Müller** und an der Abendkasse. 8722

Badisches Landestheater.

Montag, den 26. Mai 1919.

Montagsmiere Nr. 33.

Die deutschen Kleinstädter.

Lustspiel in vier Akten von August Kotzebue.

Anfang 7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Festhalle.

Mittwoch, den 28. Mai, abends 8 Uhr

Volkstümliches Sinfoniekonzert

der Kapelle des Bad. Landestheaters.

Eintrittspreise: Mk. 2.—, Mk. 1.50 und Mk. 1.—

1. Konzert für Violine und Violoncell mit Orchester von Brahms, Violine Herr Peischer, Violoncell Herr Trautvetter. 2. Dritte Sinfonie (Kroica) von Beethoven.

Kaufmännische u. technische Privatangestellte.

Öffentliche Versammlungen

im „Eintrachtssaal“

Beschlussfassung über den Tarifvertrag für Karlsruhe u. Umg.

Dienstag Abend **für Industrie**
1/8 Uhr

Mittwoch Abend **für Detail und Großhandel.**
1/8 Uhr

Die Anstellten-Ausschüsse werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die Betriebe geschlossen erscheinen. Zutritt haben nur organisierte Mitglieder. Ausweis mitbringen. Zur Deckung der allgemeinen Unkosten werden 30 Pfg. Eintritt erhoben.

Die Entlohnung ist gegen Vergütung ab Montag für Industrie, ab Dienstag für Detail bei der Arbeitsgemeinschaft der kaufm. Verbände, Sofienstr. 33, Kaufm. Verein für weibl. Angestellte, Hans Thomastr. 11 (10-1 Uhr), Zentralverband der Handlungsgehilfen, Erbprinzenstr. 17 (1-5 Uhr), Werkmeister- und Techniker-Verbände, Erbprinzenstr. 17 (1-5 Uhr, zu beziehen. 8700

Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände,
Arbeitsgemeinschaft der kaufm. Vereine für weibliche Angestellten-Verbände,
Ortskartell der freien Angestellten-Verbände.

Abt. VI des Bad. Frauenvereins.

Die Beratungsfunde für Säuglinge im Fröbel-Seminar, Kirchstraße 126, findet von jetzt ab

Mittwochs von 1/4 bis 1/6 Uhr statt

und zwar für die Ausstellungen der Stillbescheinigungen von 1/4 bis 1/6, für die ärztlichen Beratungen von 1/5 bis 1/6 Uhr. 8807

Taschenuhren

auch reparaturbedürftig, kauft

Levy An- u. Verkaufsgeschäft
Markgrafenstraße 22.

Daniels

Konfektions-Haus
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Schwarze Voileblusen M. 22.75 an.

Liga zum Schutze der deutschen Kultur.

Dienstag, den 27. Mai 1919, abends 8 Uhr in der Festhalle

öffentlicher Vortrag

„Muß das deutsche Volk verzweifeln?“

Von Dr. Ed. Stadler.

Frauen und Männer aller Parteien und Stände willkommen! 8763

Eintritt frei! Freie Aussprache.

Ein Posten **Damenstrümpfe** Paar Mk. 4.10

Herrensocken Paar 3.—

Frauenshürzen, leinwand Sportkannelle Halbkanelle

Arthur Baer
Karlsruhe
133 Kaiserstrasse 133
Eing. Kreuzstrasse, 1 Tr.

Rat u. Hilfe!

Gefuche werden besten ausgearbeitet. Kaiserstr. 175 IV.